

19. Juni 2013

Dringliche Schriftliche Anfrage

von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
und Roger Bartholdi (SVP)
und 31 Mitunterzeichnende

Die Poststelle Zürich Oberstrass wird an einen neuen Standort verlegt. Gleichzeitig werden die Postfächer gekündigt; ein Ersatz wird nicht angeboten, obschon sich viele Fachinhaber beklagen. Es wird nur angeboten, die Post während einem Jahr an die Privatadresse nachzusenden. Das ist keine Lösung, weil dort Korrespondenz entwendet werden kann und weil ein Neudruck von Drucksachen teuer ist. Es wird darauf verwiesen, dass der Bundesrat von der Post verlangt, Kundenorientierung und Wirtschaftlichkeit laufend zu verbessern. Weiter hält die Post fest, dass der Umzug im Dialog und im Einvernehmen mit den Stadtbehörden vorgenommen wurde. Der Stadtrat wird daher gebeten, einige Fragen zu beantworten:

- 1) Was haben die Stadtbehörden unternommen, um Anliegen der Postkunden zu wahren?
- 2) Mit welchem Departement und mit welchen Dienststellen hat die Post den Dialog geführt?
- 3) Was hat die Post vorgeschlagen und wie haben die Stadtbehörden darauf reagiert?
- 4) Was haben die Stadtbehörden unternommen, um die ersatzlose Schliessung der Postfächer zu verhindern?
- 5) Nachdem die Postkunden innerhalb von kurzer Zeit vor vollendete Tatsachen gestellt wurden: Was gedenken die Stadtbehörden zur Begrenzung und zur Behebung des Schadens zu unternehmen?

B. im Oberdorf *R. B.*
R. B. *A.*
A. *S. Sch...* *A.*
M. ... *R. ...* *M. ...*
M. ... *Marina Garzotto* *M. ...*
P. ... *P. ...* *P. ...*
M. ... *J. ...* *P. ...*
R. ... *S. ...*

M. Biles

M. Biles

M. Biles

M. Biles

M. Biles

M. Biles

M. Biles

M. Biles

M. Biles